Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr
monatlich 12½ Sgr.;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 20. Abendblatt. Sonnabend, den 12. Januar. 1867.

Deutschland.

□ **Berlin,** 21. Januar. Der wahrscheinliche Ausgang der im Herrenhaus bevorstehenden Verhandlung über die Vorlage, den Eintritt von Abgeordneten aus den neuen Provinzen in's Abgeordnetenhaus betreffend, ist in der Presse vielfältig diskutirt worden. In formeller Beziehung ist von einigen Seiten auch der Zweifel ausgesprochen worden, ob diese Vorlage überhaupt jetzt schon im Herrenhause hätte gemacht werden können und somit auch die Kommission zur Verhandlung über diese Frage schon berechtigt sei, weil ein definitiver Beschluß des Abgeordnetenhauses noch nicht vorliege, sonden dieser erst nach der zweiten Beschlußfassung perfekt werde. Dieses formelle Bedenken findet seine Erledigung, indem das Abgeordnetenhaus schon am Sonnabend zur zweiten Beschlußfassung schreiten, das Herrenhaus aber erst am Montag die Vorlage zum ersten Mal behandeln wird. Die Kommission des Herrenhauses wird, um alle Zweifel zu beseitigen, nach der Beschlußfassung im Abgeordnetenhause Sonnabend Abend den Bericht nochmals behandeln und hat die bisherige Verhandlung und Beschlußfassung darüber nur als eine vorbereitende betrachtet. Auch hat sie die Vorlage vom Herrenhause bezüglich von der Regierung in der ursprünglichen Fassung ohne die Amendements des Abgeordnetenhauses erhalten und letztere ebenfalls nur provisorisch bei der Verhandlung mit berücksichtigt. In materieller Beziehung wird weder von der Regierung, noch auch wohl von irgend einer anderen Seite in Abrede gestellt, daß prinzipiell analog dem Zuwachs des Abgeordnetenhauses das Herrenhaus eine Vermehrung seiner Mitglieder durch Vertreter aus den neuen Provinzen zu beanspruchen habe und daß nur vom Standpunkt der Opportunität aus als eine Frage der Zeit die Vollziehung verzögert werden könne. Jedenfalls kann das Herrenhaus aber in dem Verschieben der Befriedigung seiner Ansprüche keinen Grund finden, dies jetzt zur conditio sine qua non der Zustimmung zur Vorlage zu machen und den neuen Provinzen deswegen ihr Recht auf Vertretung im Abgeordnetenhause vorzuenthalten; denn durch die Vermehrung der Mitglieder der zweiten Kammer wird ja der Einfluß des Herrenhauses nicht vermindert, und bei Verstärkung der Mitgliederzahl des Herrenhauses ist ja nicht das mathematische Verhältniß zur Einwohnerzahl, sind überhaupt wesentlich andere Prinzipien maßgebend als im Abgeordnetenhause. Das Herrenhaus hat um so weniger Veranlassung, seine Zustimmung zur Vorlage als Drücker zur Wahrung seines analogen Rechtes zu benutzen, als ja verfassungsmäßig Sr. Maj. dem König das Recht zusteht, die Zahl seiner Mitglieder durch Berufung zu erhöhen. Man zweifelt hier nicht, daß die Majorität des Herrenhauses sich der Erwägung dieser Verhältnisse nicht verschließen und die Vorlage annehmen werde. Schon die Rücksicht der Kommission auf die richtige formelle Behandlung der Vorlage läßt die Absicht eines Widerstandes der Majorität nicht erwarten.

— In Hannover werden noch immer außerhalb gedruckte Flugblätter verbreitet, durch welche die Vorgänge bei Langensalza und die Kapitulationsverhandlungen in einer für den König Georg günstigeren, aber unwahren Weise dargestellt werden. Das Bestreben nach falscher Darstellung ist nur ein Zugeständniß der Mißbilligung des wirklichen Verhaltens König Georgs.

Der „Staats-Anzeiger" hat vor einiger Zeit einen authentischen Bericht darüber gebracht, aus welchem die damalige unglaubliche Hartnäckigkeit und Verblendung König Georg's ersichtlich ist. Die ihm durch Oberst v. Döring am 26. Juni überbrachten und vorgelesenen Bedingungen: 1) freier Abzug des Königs und Kronprinzen mit angemessenem Gefolge und Gepäck, 2) Garantie des hannoverschen Besitzstandes unter der Bedingung eines Allianzvertrages u. s. w., sind von ihm hartnäckig zurückgewiesen und Durchzug mit der Armee nach Baiern (zur Fortsetzung des Krieges gegen Preußen) verlangt worden. Heute wollen die Anhänger des Königs Georg natürlich diese Verblendung nicht zugeben und bringen die wunderliche Entschuldigung, der Parlamentär Oberst v. Döring habe diese Bedingungen zwar angeboten, aber zugleich erklärt, es sei zu spät zur Annahme. Diese Behauptung ist zu widersinnig, als daß sich irgend Jemand dadurch täuschen lassen könnte. — Inmitten der verschiedenen Strömungen, die sich in der französischen Presse bei Beurtheilung der deutschen Angelegenheiten wahrnehmen lassen, gewinnen doch mehr und mehr auch unbefangene Anschaugen Raum. So schreibt z. B. die „Patrie": Der Protest des Prinzen Friedrich von Augustenburg ist ein Akt des Aergers, ohne jede Bedeutung. Die Schleswig-Holsteiner wissen, daß ihre Wohlfahrt von einem engen Anschluß an Preußen bedingt ist, und wenn die preußische Marine ihren Interessen den rechten Schutz gewährt, so werden die Herzogthümer sich zu den reichsten Gebieten Europa's entwickeln, deren glückliches Loos die Hansestädte mit Neid erfüllen dürfte. —

— Die Regierung wird dem Antrage auf Straffreiheit der Veröffentlichung der Reichstagsdebatten, welchen der Abg. Dr. Paur im Abgeordnetenhause eingebracht hat, ohne Weiteres zustimmen, dagegen aber der Diätenforderung widersprechen.

— Prinz Philipp von Hanau, der älteste Sohn des Kurfürsten von Hessen, ist in österreichische Militärdienste getreten und als Ober-Lieutenant in das Kürassier-Regiment Nr. 8 (bis vor Kurzem Prinz Karl von Preußen) eingereiht.

— Von einem Korrespondenten aus Brüssel, der gut unterrichtet zu sein versichert, theilt die „A. A. Z." über die (angeblich am 29. Juli) von Frankreich an Preußen gestellten, später fallen gelassenen Kompensationsansprüche Folgendes mit: Die von Herrn Benedetti dem Berliner Kabinet gemachten Eröffnungen wurden motivirt durch die umfassenden Gebietsvergrößerungen Preußens in Folge des Krieges und die daraus für Frankreich hervorgehenden Ansprüche auf eine billige Kompensation. Als letztere wurde bezeichnet: die Ausschließung der bisher im deutschen Bunde befindlich gewesenen Besitzungen des Königs der Niederlande von jedem innern staatsrechtlichen Verbande mit Deutschland und der Verzicht Preußens auf das Besatzungsrecht in Luxemburg; die Zurückgabe der im zweiten Pariser Frieden von Frankreich an Preußen abgetretenen Gebiete, welche Saarlouis, Saarbrücken und das Kohlenbecken in sich begreifen; endlich die Abtretung der Provinzen Baierns und Hessen-Darmstadts auf dem linken Rheinufer, für welche die Souveräne der genannten Staaten in Deutschland zu entschädigen seien.

— Seitens der oberen Militair-Verwaltung ist angeordnet daß den Offizieren der Landarmee auf ihren Wunsch Gelegenheit geboten werden soll, sich eine Kenntniß von dem Marinewesen zu verschaffen. Es sind deshalb desfallsige Gesuche von Offizieren durch Versetzung zum See-Bataillon nach Kiel möglichst zu berücksichtigen und nach Ablauf einer gewissen Zeitdauer Rücksichtsgesuchen nichts in den Weg zu legen. Eine Beeinträchtigung in ihren Anciennetäts- und Avancementsverhältnissen bei einer Rückversetzung findet nicht statt.

— Der Erzbischof Graf Ledochowski hat den gegenwärtigen Besuch in Berlin ausdrücklich in der Absicht unternommen, um Sr. Maj. dem Könige seine Huldigungen beim Jahreswechsel darzubringen. Dem Prälaten wird am hiesigen Hofe um so größere Aufmerksamkeit zu Theil, als sein bisheriges Wirken durchaus den günstigen Erwartungen entspricht, welche von demselben von vorn herein nehegt worden.

— Was die beiden im Abgeordnetenhause eingebrachten Anträge in Bezug auf den Reichstag, zur Berathung der Verfassung des norddeutschen Bundes betrifft, so dürfte, wie die „N. A. Z." vernimmt, die Regierung gegen das Verlangen, daß Berichte von den öffentlichen Sitzungen des Reichstages durch die Presse, insofern sie wahrheitsgetreu erstattet werden, von jeder Verantwortlichkeit frei bleiben sollen, keine Einwendung erheben, da es der Billigkeit gemäß ist, daß die Bestimmung, welche die preußische Verfassung in dieser Hinsicht enthält, auch für das norddeutsche Parlament in Anwendung komme. Dagegen möchte wohl der andere, auf Bewilligung von Diäten und Reisegeldern an die Mitglieder des Reichstages gerichtete Antrag noch zu näheren Erwägungen Anlaß geben und nicht ohne Weiteres auf Zustimmung der Regierung zu rechnen haben, denn man darf annehmen, daß vor der Vorlegung des Reichswahlgesetzes diese Frage in reifliche Berathung gezogen worden ist, und daß die Regierung nicht ohne die erheblichsten Gründe sich für das Wegfallen der Diäten entschieden hat. Wenn übrigens in den Motiven zu letzterem Antrage gesagt wird, daß durch die Ungleichheit, welche in Folge der von mehreren Staaten des norddeutschen Bundes beschlossenen Diätenbewilligung entstanden, in einem großen Theile] des preußischen Volkes Mißstimmung und Unsicherheit bezüglich der nahe bevorstehenden Wahlen hervorgerufen seien, so ist dies wohl nur eine zu Gunsten des Antrages gemachte Präsumtion. Wir wüßten nicht, bemerkt jenes Blatt, wo im Volke sich deshalb eine Mißstimmung kundgegeben hätte.

— Die auf den 4. Februar angesetzte Versammlung des Kgl. Landes-Oekonomie-Kollegiums ist mit Rücksicht darauf, daß die Wahlen für den Reichstag am 12. Februar stattfinden, bis nach denselben vertagt worden, und es wird der für das Zusammenkommen anderweit gewählte Tag den Mitgliedern des Kollegiums binnen Kurzem bekannt gemacht werden.

— Die Verhandlungen mit dem Fürsten von Thurn und Taxis wegen Ueberlassung seines Postmonopols an Preußen, werden nach der „N. A. Z." mit großer Anstrengung betrieben, damit womöglich noch in dieser Session dem Landtage der hierüber abzuschließende Vertrag vorgelegt werden kann. Dem Vernehmen nach wird in den nächsten Tagen ein Bevollmächtigter des Fürsten hier eintreffen, und es wird gehofft, daß die Verhandlungen dann in kurzer Zeit zum Abschluß gelangen werden.

— Gestern ist an das Abgeordnetenhaus eine Petition, von den Bürgermeistern von Essen, Duisburg, Mülheim a. d. R. und Oberhausen unterzeichnet, betreffend den Gesetzentwurf über Bauten in den Städten und Dörfern, gelangt. Die Petenten, als die Gemeindevorstände von Städten, in welchen bei schnell wachsender Bevölkerung eine ungemein rege Bauthätigkeit herrscht und in denen das Bedürfniß zur Anlage neuer Straßen jährlich öfters hervortritt, sind überzeugt von dem großen Bedürfnisse eines solchen Gesetzes, wünschen aber doch einige Abänderungen des Entwurfs. Ihr Petitum geht dahin:

Das hohe Haus der Abgeordneten wolle dem Entwurfe eines Gesetzes, betreffend die Bauten in Städten und Dörfern, seine verfassungsmäßige Zustimmung mit den Modifikationen geben, daß die §§. 1 und 5 wie folgt abgeändert werden: §. 1. Durch Gemeindestatut kann festgesetzt werden, daß bei der Anlegung einer neuen, oder bei der Verlängerung einer schon bestehenden Straße, wenn solche zur Bebauung bestimmt ist, so wie bei dem Anbau an schon vorhandene, bisher unbebaute Straßen und Straßentheile von den Unternehmern der neuen Anlage oder von den angrenzenden Eigenthümern, von letzteren, sobald sie ihre Grundstücke bebauen, das zur Straßenanlage erforderliche Terrain und die dem Bedürfnisse des Verkehrs entsprechende erste Einrichtung der Straße beschafft, so wie deren zeitweise, höchstens jedoch fünfjährige Unterhaltung, bezüglich der Beitrag und der Ersatz der hierzu erforderlichen Kosten geleistet werde. Das Gemeindestatut hat die näheren Bestimmungen innerhalb der Grenze obiger Vorschriften festzusetzen und bedarf der Bestätigung durch die Bezirks-Regierung. §. 5. Im Uebrigen liegt die Bestimmung der Fluchtlinien der Straßen und Plätze, dem öffentlichen Bedürfnisse entsprechend, den Ortspolizeibehörden nach vorgängiger Vernehmung des Gemeindevorstandes ob.

Königsberg i. Pr., 10. Januar. Der „K. H. Ztg." entnehmen wir Folgendes: In der letzten geheimen Sitzung der Stadtverordneten hat der Vorsteher die Mittheilung gemacht, daß der neulich von der Versammlung zum Oberbürgermeister hiesiger Stadt erwählte Geh. Reg.-Rath Kieschke aus Berlin, wie er (der Vorsteher) erfahren habe, die Wahl angenommen, dabei aber von Neuem die Bedingung gestellt habe, daß ihm als Gehalt statt 3000 Thlr. 4000 Thlr. jährlich bewilligt werden. Bestätigt sich die Nachricht, so will der Vorsteher eine Sitzung anberaumen, in der, und zwar in geheimer Berathung, über die Gehaltsfrage entschieden werden soll.

Stade, 10. Januar. Die Offiziere des vormaligen 4. Infanterie-Regiments und des 3. Artillerie-Bataillons haben sämmtlich ihren Abschied eingereicht und werden in preußische Armee eintreten. Nur wenige dürften um ihre Pensionirung nachsuchen.

Kassel, 10. Januar. Prinz Wilhelm von Hanau, welcher seither das s. g. Fürstenhaus am Wilhelmshöher Thor bewohnte, hat die Weisung erhalten, dasselbe zu räumen.

Frankfurt a. M., 10. Januar. Bei der gestern auf dem Heiligenstock (Wirthshaus zwischen der Friedberger Warte und Vilbel) abgehaltenen Kontrolversammlung der kurhessischen Reservisten und Landwehrleute aus den um Frankfurt liegenden Ortschaften kam es unter den Anwesenden zu bedauerlichen Exzessen, die zu Thätlichkeiten gegen die Polizeimannschaft ausarteten. Mittelst Knüttel und Messer kamen mehrfache Verwundungen vor. Zwei Kompagnien Infanterie und eine halbe Eskadron Dragoner eilten zur Stelle, woselbst jedoch nur noch wenige Reservisten, stark berauscht, zurückgeblieben waren. Verhaftungen fanden mehrfach statt. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Lübeck, 10. Januar. Am gestrigen Abend um 8 Uhr hat eine Versammlung von hiesigen Bürgern aller Stände in der großen Halle des Tivoli-Theaters stattgefunden, zum Zweck der Berathung der zu einem Anschlusse an den Zollverein nöthigen Schritte, so wie der Aufstellung eines Kandidaten zum norddeutschen Parlament. Berufen ward diese Versammlung durch ein Comité von vierzehn Mitgliedern, worunter sich alle Diejenigen befinden, welche das Comité der hiesigen Platzhändler zum Behuf des Austritts aus der bisherigen Kaufmannschaft bilden. Das Comité zeigte durch seinen Vorsitzenden E. Th. Dusge der Versammlung an, daß sämmtlichen Mitgliedern am geeignetsten erschienen sei, eine an den Senat zu richtende Monstre-Petition für den Anschluß an den norddeutschen Zollverein mit zahlreichen Unterschriften versehen zu lassen. Der Wortlaut der kurzen Petition ward darauf verlesen und mit 318 von ungefähr 400 Stimmen angenommen. Sodann wurde als zweiter Gegenstand der Berathung vom Vorsitzenden angezeigt, daß unter den bisher genannten Kandidaten für das norddeutsche Parlament Herr Gerichtsdirektor Görtz wohl als der geeignetste zu betrachten wäre. Aus diesem Grunde erlaube sich das Comité ihn in Vorschlag zu bringen. Die Anwesenden stimmten dem Vorschlage bei.

Oldenburg, 9. Januar. In der Diätenfrage hat die Regierung die Initiative ergriffen und in einem Schreiben vom 4. d. Mts. den Landtag ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß den Abgeordneten zum Parlament die verausgabten Transportkosten ersetzt und Tagegelder zu dem „für den Aufenthalt in Berlin mäßigen" Satze von 4 Thlrn. bewilligt werden. — In einer heute stattgehabten Versammlung des südlichen Wahlkreises wurde der geheime Ministerialrath Buchholtz als Kandidat aufgestellt.

Ausland.

Wien, 9. Januar. Aus Ungarn gehen sehr bedenkliche Nachrichten ein über die Aufregung, welche das neue Wehrgesetz in allen Theilen des Landes hervorgebracht hat. Es soll zu befürchten stehen, daß das Inslebentreten des Gesetzes ernstliche Unruhen veranlassen werde. Im Pester Landtag rüstet man sich, energisch dagegen zu protestiren. Wie es heißt, soll die Regierung sich dadurch bewogen finden, das Gesetz für Ungarn zu sistiren. (?) — Neuerdings tauchen Gerüchte auf, daß Wien vollständig mit Festungswerken umgeben werden soll und zwar sollen, wie in Paris, detachirte Forts unsere Residenz gegen äußere (und innere) Feinde schützen. Die Schanzen in Floridsdorf sollen dazu benutzt werden. Die Kosten sollen durch die von Italien zu leistende Entschädigungs-Summe für Ueberlassung des Festungsvierecks (wohl nur zum Theil) gedeckt werden. — Gestern wurden Freiherr v. Rothschild und einer seiner Söhne als österreichische Unterthanen und Bürger von Wien beeidet. Wie es heißt, soll die Familie Rothschild gesonnen sein, sich hier ein großes Familien-Palais zu bauen.

Paris, 9. Januar. (Post.) Der Kaiser und die Kaiserin fuhren gestern Nachmittag in offener Kalesche durch das Faubourg St. Antoine, wo Tags vorher wegen der zunehmenden Theuerung der Lebensmittel Ruhestörungen Statt hatten. Der Tag der Sessions-Eröffnung ist noch immer nicht festgesetzt; die Vorarbeiten im Staatsrathe, die Militär-Reorganisation, das Budget und andere Vorlagen betr. sind wenig vorgerückt. — Einstweilen hatten die Haupt-Mitglieder der Opposition eine Besprechung und kamen dahin überein, in ihren Reden oder Diskussionen Ruhe, Zurückhaltung und Bescheidenheit zu beobachten, um sich, Angesichts der zu verhandelnden wichtigen Fragen, den größtmöglichen Anhang zu sichern. — Ein Agent des Hospodars ist mit einer Mission für den Kaiser in Paris eingetroffen. — Nach Berichten aus Italien mußte die Regierung Verstärkungen nach Neapel schicken, wo Unzufriedenheit und Agitation zunehmen. — Der „Abend-Moniteur" sagt an der Spitze seiner Wochen-Revue: Die europäische Presse ist einstimmig, den günstigen Eindruck der Worte der Beschwichtigung und der Eintracht des Kaisers zu konstatiren. — Der von der französischen Regierung ausgeübte friedliche Einfluß ist ein Unterpfand der öffentlichen Sicherheit, und Völker wie Fürsten

wünschen aufrichtig, daß, dem Wunsche Sr. Maj. entsprechend, die Weltausstellung dazu beitrage, die Leidenschaften zu stillen und die Interessen zu nähern. Der „Moniteur" spricht dann, auf Rom übergehend, die Ueberzeugung aus, daß, Dank der beiderseitigen versöhnlichen Gesinnungen, die Verhandlungen zwischen Florenz und dem heiligen Stuhl von Erfolg sein werden. Bereits, fügt er an, ist man über die meisten streitigen Punkte einig und es bleiben nur noch Formfragen zu regeln, über welche man ein baldiges Einverständniß hoffen kann. Ein glückliches Symptom steht der „Moniteur" ferner in der Herstellung der guten Beziehungen zwischen Oesterreich und Italien, deren Souveräne zum neuen Jahre telegraphische Glückwünsche austauschten.

— Der Kaiser, sagt man, soll trotz der Sicherheit, mit welcher der Minister des Innern bisher alle partialen Wahlen zu leiten verstanden, demselben doch letzten Sonnabend einige bittere Wahrheiten zu hören gegeben haben, die natürlich — wahrscheinlich übertrieben — in den betreffenden Kreisen von Bureau zu Bureau und von Mund zu Mund wandern. Sie erinnern Sich, daß schon seit längerer Zeit von der Versetzung des Präfekten von Marseille in den Ruhestand gesprochen wurde, dennoch konnte sich Napoleon III. nicht dazu verstehen, Herrn v. Maupas so ohne Weiteres zu entlassen, und erst nachdem man ihm wiederholt versichert hatte, der Senator sei krank, ja, er liege fast im Sterben, entschloß sich der Kaiser, jenes Dekret zu unterzeichnen. Aehnliches war mit dem Präfekten der Charente, Inferieure, Hrn. Lepic, der Fall, gegen den, wie Ihnen gemeldet, der Marine-Minister alle Minen springen ließ. Bei Unterzeichnung des qu. Dekretes wurde versichert, daß für den entlassenen Beamten eine passende Kompensation vorhanden sei. Wie sich nun aber nachträglich herausstellt, ist weder Herr v. Maupas todtkrank, noch eine Kompensation für Herrn Lepic bereit. Der Kaiser aber, der nichts weniger leiden mag, als so gegen seinen Willen zu Schritten verleitet zu werden, die ihm von Anfang an nicht zugesagt, soll seinem Unwillen ziemlich lebhaft Luft gemacht haben. Dabei bestätigt sich immer mehr und mehr die besondere Gunst, in der augenblicklich Graf Walewski beim Kaiser Napoleon steht. Nicht nur, daß die Kaiserin stets bemüht ist, ihn in den Vordergrund zu schieben, weil er nicht wie Rouher ihre Pilgerfahrt nach Rom zu vereiteln bemüht war, sondern auch der Kaiser selbst hält große Stücke auf den Präsidenten des gesetzgebenden Körpers. Graf Walewski soll nämlich vor Ausbruch des deutschen Krieges im vorigen Jahre, entgegen der allgemeinen Meinung, stets der Ansicht gewesen sein, daß Preußen siegen werde, und habe auch, wie man hinzufügt, diese seine Meinung in einer besonderen Denkschrift seiner Zeit so gründlich motivirt, daß der Kaiser, als die Ereignisse dem Grafen Recht gaben, von da angefangen habe, ihn günstiger zu beurtheilen, denn je zuvor.

London, 9. Januar. Unter den Verheerungen, welche die Stürme der letzten Tage an der Küste angeichtet haben, ist als ein besonders trauriger Fall der Untergang des Dampfschiffes „Falcon" hervorzuheben. Auf der Fahrt von Glasgow nach Londonderry rannte es in finsterer Nacht auf eine Klippe an der Südwestspitze der Halbinsel Kintyre fest. Die Boote wurden herabgelassen, aber die Fluth verschlang sie. Darauf stiegen der Kapitän, der zweite Steuermann und ein Heizer in das Rettungsboot und arbeiteten sich durch furchtbaren Wogenschwall hinüber nach der Insel Islay. Die übrige Mannschaft (20 Köpfe) und die Passagiere (deren Zahl zwischen 16 und 40 angegeben wird) überließ der pflicht- und ehrvergessene Kapitän ihrem Schicksale: das Schiff riß sich los von der Klippe, trieb ins offene Meer hinein, füllte sich mit Wasser, sank und über ihm schlugen die Wogen zusammen.

Rom, 5. Januar. Der Papst zeigte sich bei den Neujahrs-Gratulationen allen, die in seine Nähe kamen, so voll Ergebung und Festigkeit, wie gefaßt auf eine Katastrophe, die trotz aller Unterhandlungen Tonello's unvermeidlich scheint und vom Papste selber bei den offiziellen Besuchen angedeutet wurde. Im Vatikan ist er der fleißigste Zeitungsleser. Es machte ihm einen tiefen Eindruck, in einem liberalen italienischen Blatte zu finden, die Fremdentruppen würden nach einmal ausgebrochener Uneinigkeit an den verschiedenartigen Elementen ihrer Zusammensetzung und an dem Kampfe mit dem Volke schnell untergeben: er wollte dem ihm beglückwünschenden Offizierkorps diese Ansicht nicht vorenthalten. Doch geschah es mit der freundlichen Bemerkung, er habe nie an ihrem guten Willen und ihrer Treue gezweifelt. Aus der belgischen und französischen Aristokratie meldeten sich mehrere Leute, die von Neujahr ab unter der pästlichen Fahne zu dienen wünschten, doch der h. Vater ließ ihnen danken. Mit der Festnahme eines Emissärs der Aktionspartei, Montanucci aus Bolsena, der einen Brief eines Herrn Pagliacci aus Viterbo, jetzt in Florenz, an die hiesigen Patrioten bei sich trug, hat es seine Richtigkeit, eben so mit den Andeutungen, welche der Papst seinem Offizierkorps davon machte. Eine Menge von Verhaftungen sind seitdem vorgekommen. Seit 3 Uhr Nachmittags durchziehen starke Patrouillen die Straßen, weil dunkle Gerüchte von einer auf diesen Abend angesetzten regierungsfeindlichen Demonstration umlaufen. Es wäre leicht, auch die schlimmste zu improvisiren, denn in der Vigilie des Epiphaniasfestes ist nach altem Brauch ganz Rom auf den Füßen.

Newyork, 8. Januar. Da seit Jahren so viel über das Unrecht der Negersklaverei geschrieben, gepredigt und gesprochen wird, dürfte es doch wohl an der Zeit sein, einen Blick auf die weißen Sklaven, auf die Zustände zu werfen, wie sie in den großartigen Etablissements der reichen Fabrikherren und Fabrik-Korporationen Altenglands bestehen, die jetzt die Geschicke der Union lenken. Da findet man denn, daß, während diese Fabriken ihren Aktienbesitzern jährliche Dividenden von 50 bis 100 pCt. abwerfen, die Arbeiter, namentlich aber die Arbeiterinnen, die jämmerlichste Bezahlung und Behandlung trotz ihrer Ueberanstrengung erhalten. Der wöchentliche Lohn der letzteren für 11 Arbeitsstunden (früher waren es 14) beträgt etwa 5 Doll., wogegen sie für Logis und selbstverständlich nur sehr karges und schlechtes Essen 3 Doll. zu zahlen haben. Die Zimmer, in denen stets 36 Mädchen zusammen schlafen, werden nur alle 14 Tagen gereinigt, die Betten alle vier Wochen überzogen und wöchentlich für diese 36 Stubengenossen nur 2 Handtücher verabreicht. Das Gas wird des Morgens nicht vor $6\frac{1}{4}$ Uhr angezündet, die Arbeit beginnt um 7 Uhr, die Zwischenzeit ist zum Anziehen, Waschen, Haar- und Bettmachen und Frühstücken bestimmt. Drei Schläge auf die Glocke rufen in die Arbeitssäle und drei Minuten danach werden die Thüren geschlossen. Wer später kommt, wird nicht mehr eingelassen und verliert seinen Tagelohn. Während des Tages darf Niemand das Arbeitszimmer verlassen, auch selbst nicht, wenn die Maschine still steht. Das Sprechen ist streng verpönt. Wer gegen die vielfachen strengen Regeln verstößt, erleidet Lohnabzug. Ueber die moralischen Zustände in diesen Fabriken mag ich mich nicht näher auslassen. So behandeln die Yankee-Industriellen, die so laut nach hohen Zöllen und anderem Schutz für ihre Fabriken rufen, ihre Arbeiter; das ist die Art, wie die aufgeklärten christlichen „Philanthropen", „Patrioten" und „Reformatoren", welche den „heiligen Krieg" gegen die Neger-Sklaverei und die „Aristokratie des Südens" noch immer fortsetzen zu müssen behaupten, die Wohlfahrt und den Fortschritt des Menschengeschlechts zu fördern suchen. Und diese herz- und gewissenlose Klasse beherrscht jetzt das Land!

Pommern.

Stettin, 12. Januar. Der gestrige Vortrag des Herrn Professors Prutz begann mit einer Schilderung der Jugendgeschichte des am 16. Februar 1620 zu Berlin geborenen ältesten Sohnes Georg Wilhelms, Friedrich Wilhelms (von seinen Zeitgenossen der große Kurfürst genannt), des eigentlichen Schöpfers und Gründers unseres Staates. Die frühesten Lebensjahre desselben waren sehr traurig, er wurde der damaligen Kriegsunruhen wegen in seinem achten Lebensjahre zuerst nach dem Jagdschlosse Letzlingen, dann nach Cüstrin in Sicherheit gebracht und flüchtete 1633 nach Stettin, der Residenz seines Vetters, des letzten Herzogs von Pommern. In dem Alter von 15 Jahren ging er auf seiner Bildungsreise zunächst nach Holland, besuchte die dortige berühmte Universität Leyden, verließ dieselbe aber in Folge des Ausbruches der Pest und begab sich in das Kriegslager des tapferen Statthalters von Holland, Prinzen Friedrich Heinrich von Oranien. Er erwarb sich bald die Freundschaft dieses vortrefflichen Mannes und legte dort in dem fast vierjährigen Umgange mit diesem, sowie mit ausgezeichneten Feldherren und Staatsmännern, den eigentlichen Grund zu seiner Bildung, wie er denn auch gleichzeitig Gelegenheit hatte, Holland als eins der blühendsten, mächtigsten Länder Europa's kennen zu lernen. Seinem Vater sagte indessen der intime Umgang, welchen Friedrich Wilhelm in dem republikanischen Holland angeknüpft, nicht zu, weshalb er denselben 1638 zurück berief, in Folge dessen dieser auch nach Berlin zurückkehrte. Seine Einsetzung als Statthalter von Cleve, zu welchem Posten er von den dortigen Ständen gewählt war, paßte dem damals allmächtigen, am Hofe des Vaters des Kurprinzen lebenden Schwarzenberg — der, um der Zukunft im Kaiserlichen Interesse gewiß zu sein, wünschte, den jungen Prinzen an den Kaiserlichen Hof nach Wien zu senden, damit er dort vielleicht zum Uebertritt zum Katholizismus bewogen werde, für welchen Fall ihm die Hand einer österreichischen Erzherzogin in Aussicht gestellt wurde — entschieden nicht, und wurden die Stände deshalb abschläglich beschieden. Zur Feier der Rückkehr des Kurprinzen nach Berlin hatte Schwarzenberg ein glänzendes Festmahl veranstaltet; unmittelbar nach dem Mahle erkrankten Vater und Sohn und man sprach offen von einem durch Schwarzenberg angestifteten Vergiftungsversuche. Nach der Genesung begab sich der Kurprinz mit seinem Vater nach Königsberg, wo er bis zu dessen im Jahre 1640 erfolgten Tode blieb. Je weiter Friedrich Wilhelm in die Jünglingsjahre getreten war, desto schärfer machte sich der Gegensatz bemerkbar, welcher in den Neigungen und Bestrebungen zwischen ihm und seinem Vater bestand. Zu diesem angeborenen Gegensatz kamen noch äußerliche Einflüsse, indem der junge Prinz ein entschiedener Gegner der verderblichen Schwarzenbergschen Politik, dagegen ein warmer Anhänger der sogenannten schwedischen, dem Protestantismus ergebenen Partei war, an deren Spitze am Kurfürstlichen Hofe die Kurfürstin Anna stand. In seinem 20. Lebensjahre trat Friedrich Wilhelm die Regierung des Landes unter den allerungünstigsten Verhältnissen an; alles, was der junge Fürst vorfand, bestand in dem verödeten, noch vom Feinde besetzten Lande und in einem auch geistig ruinirten Volke. Wie ein zurückgekommener Kaufmann mußte er es versuchen, sich bei seiner vollständigen Machtlosigkeit von den kleinsten Anfängen in die Höhe zu arbeiten, was er zunächst nur auf diplomatischem Wege erreichen konnte. Seine erste Aufgabe war, sich zum Herrn im eigenen Hause zu machen und hierzu bedurfte es vorzugsweise der Schlauheit und List dem gewiegten Diplomaten Schwarzenberg gegenüber. Schon am Tage nach dem Tode seines Vaters sandte er seinen vertrauten Rath Werner v. d. Schulenburg an Schwarzenberg mit einem Schreiben, in dem er denselben in allen seinen Aemtern und Würden bestätigte und ihn seiner Huld und Gnade versicherte, gleichzeitig aber ließ er den Befehlshabern von Cüstrin und Peitz die Ordre zugehen, fernerhin einzig und allein nur seinen Befehlen Folge zu leisten. Schwarzenberg hatte genügende Einsicht, um beurtheilen zu können, daß er in dem 20jährigen Fürsten einen ihm gewachsenen Gegner gefunden, er zog sich deshalb nach Spandau zurück, woselbst er bald nachher am Schlagfluß starb. Das Volk glaubte übrigens nicht an seinen natürlichen Tod, sondern behauptete, der Kurfürst habe heimlich Schwarzenberg köpfen lassen. Friedrich Wilhelm ließ die Güter desselben zu Gunsten des Landes konfisziren und gewährte nur schließlich im Gnadenwege seinem flüchtigen Sohne eine Entschädigung von 300 Rt. Nachdem die Gunst des Schicksals den Kurfürsten von Schwarzenberg befreit, galt es nun, das Verhältniß zur Krone Polens zu regeln. Nur durch sehr bedeutende Geldopfer und sein persönliches Erscheinen am 15. Oktober 1641 vor den versammelten Reichsständen in Warschau, bei welcher Gelegenheit er mit der grözten Pracht auftrat, gelang es dem Kurfürsten, vom Könige von Polen die Belehnung von Preußen zu empfangen. Erst durch den Frieden zu Oliva (1660) erfolgte die Aufhebung jenes Lehnsrechtes für alle Zeiten. In Folge seiner glänzenden Erscheinung bei der Belehnung bot König Johann Casimir von Polen dem Kurfürsten die Hand seiner Tochter an, dieser war aber zu stolz, um durch die Hand einer polnischen Königstochter zur Macht zu gelangen, er lehnte das Anerbieten deshalb höflich unter dem Bemerken ab: er habe nur eine Braut, nämlich: „Brandenburg", könne auch noch gar nicht daran denken, zu heirathen. Im Jahre 1641 ging er, nachdem sich das schwedische Heirathsprojekt zerschlagen, mit Luise Henriette von Oranien ein Ehebündniß ein. Endlich 1648 kam das große, den 30jährigen Krieg beendende Friedenswerk zu Stande; Deutschland war das Land, an dem man sich überall schadlos zu halten suchte, und durch jenen Frieden wurden 1900 Quadratmeilen mit ca. $4\frac{1}{2}$ Millionen Einwohner vom deutschen Reiche losgerissen, wobei vor Allem Frankreich und Schweden sich angemessen zu entschädigen suchten. Schon das damalige Bestreben des völlig macht- und waffenlosen Kurfürsten zeigt, daß er, stets auf die Vergrößerung Brandenburgs ernstlich bedacht, der Mann des Jahrhunderts war. Fr. Wilhelm mußte sich indessen zu einer Theilung Pommerns entschließen. Durch den westphälischen Frieden erhielt Schweden den zwar kleinsten, aber doch gesegnetsten und fruchtbarsten Theil Pommerns, der Kurfürst dagegen Hinterpommern und als Entschädigung für den abgetretenen Theil die Bisthümer Halberstadt und Minden, sowie die Anwartschaft auf das Bisthum Magdeburg, so daß auf diese Weise mindestens ein Verbindungsglied des Haupt- und Mutterlandes mit den Cleveschen Landen hergestellt war. Dies waren die Erfolge der ersten diplomatischen Kunst des großen Kurfürsten, durch die er selbst noch mit einigem Gewinn aus den Verwickelungen des 30jährigen Krieges hervorging.

— Das durch Todesfall erledigte Diakonat an der hiesigen Schloßkirche ist zum 1. Januar 1868 wieder zu besetzen. — Der bisherige Konrektor Lüdecke ist zum dritten Prediger in Neustettin und zum Seelsorger an der dortigen Landarmen-Anstalt und der bisherige Predigtamts-Kandidat Harnisch zum Pastor in Raths-Damnitz, Synode Kolziglow, in Stelle des zum 1. Oktober v. J. emeritirten, inzwischen bereits verstorbenen Pastors Schweitzer erwählt worden.

— In der Nacht zum 11. d. Mts. wurden von verschiedenen Häusern in Grabow Zinkrohre gewaltsam abgebrochen und entwendet.

— Gestern Abend wurde der bei dem Handschuhmacher Wellhusen hierselbst in Arbeit stehende Geselle Klebsch, welcher seinen Mitarbeitern eine Uhr, sowie verschiedene Kleidungsstücke entwendet, verhaftet.

— In Folge der Ausdehnung, welche die Tollkrankheit unter den Hunden erlangt, sind auch Seitens des Königlichen Landraths-Amtes durch Erlaß vom 10. d. Mts. entsprechende Anordnungen zur Vermeidung einer weiteren Verbreitung der Krankheit für sämmtliche ländliche Ortschaften des Randower Kreises getroffen werden.

— Bei der gestrigen Vorwahl zur Wahl der Vorsteher der Korporation der Kaufmannschaft wurden zu Vorstehern gewählt die Herren Kommerzien-Rath Brumm mit 61 Stimmen, Stahlberg mit 49 St., Tiessen mit 41 St. und Keil mit 38 St. Zu Stellvertretern wurden gewählt die Herren Konsul Theune mit 60 St., H. G. Petsch mit 45 und v. Stade mit 37 St. Zu Rechnungs-Abnahme-Kommissarien wurden erwählt die Herren C. F. W. Walther, C. Braun, Allendorf, Carl Kanzow und Ziemsen.

— In Stettin sind die Lehrer Schapkowitz, Labs und Meyer fest angestellt.

— In Alt-Doeberitz, Synode Regenwalde, ist der Küster und Schullehrer Tesch fest angestellt worden.

— Es scheint, als ob der schon mehrfach von uns genannte Kaufmann Oscar Wolff seine früheren Schwindelgeschäfte auch neuerdings mit ungeschwächten Mitteln, selbstredend vorzugsweise unter unrichtigen Angaben über seine Verhältnisse, fortsetzt. Wir hören namentlich von einem neuen — allerdings nur durch eine Zufälligkeit mißlungenen — Versuch des W., von einem auswärtigen Fabrikanteu Waaren unter falschen Vorspiegelungen zu beziehen.

Stargard, 12. Januar. Wie es heißt, beabsichtigt der Oberpräsident a. D. Freiherr Senfft v. Pilsach, auf Wunsch seiner Gemahlin, welche lange Jahre vor Eingehung ihrer zweiten Ehe hier wohnte, seinen künftigen Wohnsitz hier in unserer Stadt zu nehmen.

Vermischtes.

— In der badischen Residenz macht ein Diamantendiebstahl viel Aufsehen. Es stellt sich heraus, daß seit Jahren die verliehenen badischen Orden mit Brillanten verfälscht waren und daß sie nur Glas enthielten. Eine Untersuchung ist im Lauf, ein Angestellter suspendirt.

— In Prag sind vor einigen Tagen ein paar Könige arretirt worden. Vor dem Feste der heiligen drei Könige durchziehen alljährlich viele Knaben, als Könige aus dem Morgenlande kostümirt, die Stadt, um für Gesänge sich ein Feiertagsgeschenk zu erbitten. Dabei kommt es nun auch vor, daß die drei Könige mitunter Sachen mitgehen lassen, die ihnen nicht geboten wurden. So wurde auch dieses Mal auf der Prager Neustadt ein Melchior wegen Diebstahls an Wäschstücken arretirt, und in der Teyngasse führte einen kleinen Balthasar sein „Stern" hinter Schloß und Riegel, weil er ein Bett mitgehen geheißen.

Neueste Nachrichten.

Köln, 11. Januar, Nachmittags. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der Dombau-Lotterie fiel ein Hauptgewinn von 10,000 Thlrn. auf Nr. 196,610; Gewinne von 2000 Thlrn. auf 98,862 und 243,557; von 1000 Thlrn. auf 98,136, 111,171 und 335,136.

Petersburg, 11. Januar, Abends. Der Kozlow-Woronesch-Eisenbahn-Gesellschaft ist die Emission von Obligationen zur Höhe von 5 Millionen Thaler preußisch gestattet worden.

Die Regierung garantirt 5 pCt. Zinsen bei einem Tilgungsfonds von $\frac{1}{10}$ pCt.

Das russische Staatskontrolsystem ist in dem Königreich Polen eingeführt.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Berlin, 12. Januar. Abgeordnetenhaus. Berathung der Abänderung des Artikels 69 der Verfassungs-Urkunde. Der Gesetz-Entwurf wird in zweiter Lesung mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 12. Januar. Witterung: klare Luft. Temperatur + 1°, Nachts — 3° R. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen etwas niedriger, schließt fester, loco pr. 85pfd. gelber 80 bis 88 Rt. bez., weißer 88—89 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr $87\frac{1}{2}$, 87, $87\frac{1}{4}$ Rt. bez. u. Gd., Mai-Juni 88, $87\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Gd.

Roggen niedriger, pr. 2000 Pfd. loco 56—$56\frac{3}{4}$ Rt. bez., Januar 54 Rt. Gd., Frühjahr $55\frac{3}{4}$, $55\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Gd., Mai-Juni 56, $55\frac{3}{4}$ Rt. bez., Juni-Juli $56\frac{1}{2}$ Rt. Br., Juli-August $56\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Gerste loco pr. 70pfd. schles. 49—$50\frac{1}{2}$ Rt. bez., Frühj. 69—70pfd. schles. 50 Rt. Br., $49\frac{1}{2}$ Rt. Gd.

Hafer loco pr. 50pfd. 30—$30\frac{1}{2}$ Rt. bez., 47—50pfd. Frühjahr $31\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Br., 31 Rt. Gd.

Erbsen loco 54—60 Rt. bez., Frühjahr Futter- 58 Rt. Br.

Rüböl wenig verändert, loco $11\frac{5}{6}$ Rt. Br., Januar $11\frac{5}{6}$ Rt. Br., Februar do. März 12, $11\frac{11}{12}$ Rt. bez., April-Mai $12\frac{1}{4}$ Rt. Br., $12\frac{1}{6}$ Rt. bez. u. Gd.

Spiritus behauptet, loco ohne Faß $16\frac{13}{24}$ Rt. bez., Januar $16\frac{1}{2}$ Rt. Br., Frühjahr $17\frac{1}{12}$ Rt. bez. u. Br., Mai-Juni $17\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Landmarkt.

Weizen 78—88 Rt., Roggen 55—57 Rt., Gerste 47—49 Rt., Erbsen 54—62 Rt. per 25 Schffl., Hafer 25—39 Rt. per 26 Schffl., Stroh pr. Schock 6—8 Rt., Heu pr. Ctr. 15—25 Sgr.

Berlin, 12. Januar, 2 Uhr 1 Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine $84\frac{7}{8}$ bez. Staats-Anleihe $4\frac{1}{2}$ % $98\frac{3}{4}$ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien $135\frac{5}{8}$ bez. Stargard-Posener Eisenbahn-Aktien $94\frac{1}{2}$ Br. Oesterr. National-Anleihe $52\frac{3}{4}$ bez. Pomm. Pfandbriefe $88\frac{3}{4}$ Br. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 175 bez. Wien 2 Mt. $75\frac{5}{8}$ bez. London 3 Mt. 6. $21\frac{5}{8}$ bez. Paris 2 Mt. $80\frac{7}{12}$ bez. Hamburg 2 Mt. $150\frac{3}{4}$ bez. Mecklenb. Eisenbahn-Aktien $78\frac{1}{8}$ bez. Russ. Prämien-Anleihe 95 Br. Russ. Banknoten 82 bez. Amerikaner 6% $76\frac{5}{8}$ bez.

Roggen Januar $56\frac{1}{2}$, $56\frac{3}{4}$ bez., Januar-Februar $56\frac{3}{8}$ bez., $\frac{1}{2}$ Br., Frühjahr $55\frac{3}{4}$, 56 bez. Rüböl loco $12\frac{1}{12}$ Br., Januar 12 Br., $11\frac{13}{24}$ bez., Januar-Februar $11\frac{7}{8}$ bez., April-Mai $12\frac{1}{6}$ bez., $\frac{1}{8}$ Gd. Spiritus loco 17 bez., Januar-Februar $16\frac{5}{8}$, $\frac{23}{24}$ bez., Februar-März $16\frac{11}{12}$, 17 bez., April-Mai $17\frac{3}{8}$, $\frac{5}{24}$ bez.

Hamburg, 11. Januar. Getreidemarkt. Weizen loco fest, ab Auswärts ruhig, auf Termine etwas fester. Pr. Januar-Februar 5400 Pfd. netto $154\frac{1}{2}$ Bankothaler Br., $153\frac{1}{2}$ Gd., pr. Frühjahr 150 Br. u. Gd. Roggen ruhig, loco matt, ab Auswärts fest. Pr. Januar-Februar 5000 Pfd. Brutto 92 Br., 90 Gd., pr. Frühjahr 91 Br., 90 Gd. Oel loco $25\frac{3}{4}$, pr. Mai $26\frac{5}{8}$, pr. Oktober 27, fest. Kaffee und Zink umsatzlos. — Regnerisch.

Amsterdam, 11. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Getreidemarkt ziemlich unverändert und still. Rapps pr. April $72\frac{1}{2}$. Rüböl pr. Mai $40\frac{3}{8}$, pr. Oktober-Dezember 42.